

BESCHLÜSSE

aus der 17. Sitzung des Umweltausschusses am 27. Januar 2020

TAGESORDNUNG der öffentlichen Sitzung

1. Jahresrückblick Klimaschutz 2019
 2. Haushaltsplan 2020 des Landkreises Unterallgäu;
Vorberatung der Bereiche Abfallwirtschaft, Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz sowie Klimaschutz (Unterabschnitte 7200, 7201-7211, 7281-7284, 9111 und 9112, 3600, 7801 und 7881 sowie 3602)
 3. Einführung der zentralen Veranlagung und Einhebung von Abfallentsorgungsgebühren durch den Landkreis Unterallgäu
-

1. Jahresrückblick Klimaschutz 2019

Es erfolgte keine Beschlussfassung.

2. **Haushaltsplan 2020 des Landkreises Unterallgäu;
Vorberatung der Bereiche Abfallwirtschaft, Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz sowie Klimaschutz (Unterabschnitte 7200, 7201-7211, 7281-7284, 9111 und 9112, 3600, 7801 und 7881 sowie 3602)**

Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt vom vorgelegten Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2020 und den Finanzplanungsjahren 2021-2023 Kenntnis und empfiehlt dem Kreistag, die Haushaltsansätze der Bereiche Abfallwirtschaft, Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz sowie Klimaschutz (Unterabschnitte 7200, 7201-7211, 7281-7284, 9111 und 9112, 3600, 7801 und 7881 sowie 3602) entsprechend dem vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2020 zu bilden.

Anwesend: 13

Für 13 Stimmen : gegen 0 Stimmen

3. Einführung der zentralen Veranlagung und Einhebung von Abfallentsorgungsgebühren durch den Landkreis Unterallgäu

Beschluss:

Der Umweltausschuss beschließt, die Veranlagung und Einhebung von Abfallentsorgungsgebühren mit Wirkung zum 01.01.2022 zu zentralisieren. Die Gemeinden sollen als Anlaufstellen und Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort erhalten bleiben und sollen für ihre Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung auf Grundlage einer abzuschließenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung erhalten.

Anwesend: 13

Für 13 Stimmen : gegen 0 Stimmen